

# GEW-Veranstaltung

## „68er - „was wir wollten, was draus wurde“

von den 'Ruheständlern' Frank Bernhardt und Rudolf Gospodarek

Die Betriebsgruppe 'Ruheständler\_innen' der GEW LV Hamburg führte Ende letzten Jahres eine Veranstaltung mit ca. 200 Beteiligten zum 50. Jubiläum der „68er“ durch. Dazu ist in der aktuellen Hamburger Lehrerzeitschrift hlz 3-4/19 ein Bericht von Frank Bernhardt erschienen; er informiert kurz über den einleitenden Vortrag und die anschließende Podiumsdiskussion. Der Autor macht hier die inhaltlich verbesserte Endfassung der gewerkschaftlichen Leser\_innen-schaft zugänglich.

### **„Bunter, pluraler und aufmüpfiger!“ ...**

... sei die Gesellschaft geworden, so das Resümee von K. Nevermann. Anschließend folgte eine Diskussion mit ihm, mit F. Hildebrandt, C. Sager, M. Bülow-Schramm und M. Daxner – eine „hochkarätige“ (Bülow-S.) Runde, von denen die meisten die 68er-Zeit „als Sprungbrett für die Karriere“ in gehobene Ämter von Politik, Verwaltung und Wissenschaft genutzt haben. „Streiten“, so das Einladungsflugblatt der BG „Ruheständler\_innen“, sei „ausdrücklich erwünscht.“ Hier das Ergebnis.

### **„Aufbruch“ gegen „NS-Zeit“, Restauration und „formale Demokratie“ ...**

Die 68er sind vor allen Dingen „umstritten“ (Bülow-S.), so der Einstieg. Das Publikum erfährt vom „Aufbruch aus verkrusteten Strukturen“, von der sonst angeblich nicht möglich gewesen „Aufarbeitung der NS-Zeit“ und den bis dahin „autoritätsgläubigen Heranwachsenden“, die sich zu „selbstbewussten politischen“ Menschen entwickelt haben sollen.

Das wirft Fragen auf: Was z. B. - bitteschön - wurde an den ökonomischen „Strukturen“ aufgebrochen? Wenn das Urteil von M. Horkheimer stimmt, dass die Kritik am Faschismus ohne die des Kapitalismus nicht zu haben ist – warum wurde die Kritik an der „Marktwirtschaft“ aufgegeben? Immerhin gab es von der (damals noch nicht geborenen) Diskussions- teilnehmerin Hildebrandt den Hinweis, dass die Ursache für „Faschismus und Krieg“ mit dem „Kapitalismus“ zusammenhängt.

Erschöpft sich die Abkehr von den „Autoritäten“ auf die bescheidene Rolle des „mündigen Bürgers“ (Sager), der die ihm gewährten Freiheiten nutzt, um alle vier Jahre zu wählen, schon mal eine Bürgerinitiative zu gründen oder ein Volksbegehren zu initiieren? Der Umgang der Regierenden mit dieser Form direkter Demokratie ist bekannt, Ergebnisse, wie z. B. die über 75%-Zustimmung beim Hamburger Begehren gegen die „Privatisierung von Krankenhäusern“, wurden einfach ignoriert. Das in Bayern gerade mit hoher Beteiligung durchgeführte „Volksbegehren Artenvielfalt“ z.B. lässt den Interessengegensatz des rechtlich ge-

geschützten Privateigentums (Bauern produzieren in Konkurrenz gegeneinander) mit dem Anliegen nach Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen unangetastet: Die industrielle Landwirtschaft ordnet Wildkräuter als Unkräuter und Insekten als Schädlinge ein und macht ihnen den Garaus. Aber kooperative Produktion ohne Profit ist ein absolutes Tabu, so dass die verheerenden Wirkungen nach der Instanz rufen lassen, die sie mit der Zulassung von giftigem Glyphosat und anderen gesundheitsgefährdenden Chemikalien erst möglich gemacht hat.

Selbstverständlich ist die Entscheidung für Krieg solchen Abstimmungen entzogen. Solche Maßnahmen, mit denen das Land u. U. überall auf dem Globus seine Interessen verteidigt, sind selbstverständlich in die Hände derer gelegt, die qua Amt ‚Fakten‘ in die Welt setzen, wie es so schön heißt. Nach denen haben sich alle anderen zu richten - auch wenn sie laut Umfragen mehrheitlich Kriege ablehnen.

### **... und gegen den „Muff“ in den Wissenschaften**

Der Protest der Studierenden entzündete sich damals am „Muff von tausend Jahren“ im akademischen Betrieb. Geistes- und Gesellschaftswissenschaften produzier(t)en viel Ideologie, die nicht zur Erklärung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer politischen Formen beitrug, sondern die Verhältnisse schönfärbten. Mit Ende des „Wirtschaftswunders“ durch die Wirtschaftskrise 66/67 (Überproduktion, Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen...) offenbarte sich die zuvor immer wieder bestrittene zyklische Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft. Die Irrationalität einer Produktionsweise, deren Zweck die Geldvermehrung ist und die nicht nur mit der Natur ruinös umgeht, sondern auch die Arbeitskraft systematisch verschleißt, bedeutet für die Mehrheit Armut. Marx bot dazu Aufklärung. „Ich glaube nicht, dass jemals jemand so viel über Geld geschrieben hat, der so wenig davon besitzt“, hatte er, der über die Formbestimmungen des Reichtums und ihrer desaströsen Folgen ein Leben lang geforscht hat, einmal bemerkt. An seiner Kritik der „ökonomische[n] Struktur der Gesellschaft, [die] die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise“ (MEW 20, 25) hervorgeht, orientierten sich die kritischen Student\_innen.

Sie „konzentrierten sich an den Universitäten“ und es gelang ihnen, „Gegenstrukturen“ (Nevermann) aufzubauen. Angetrieben vom „Theoriehunger“ (Daxner) studierten sie die Klassiker (Marx, Engels, Lenin etc.). Mit den Ergebnissen zogen sie in die Seminare und Vorlesungen, um die bürgerliche Wissenschaft zu kritisieren; begleitet von dem Versuch, Arbeiter\_innen in den Betrieben davon zu überzeugen, ihre falschen Gründe - fürs Mitmachen als abhängige Variable des Kapitals - fallen zu lassen. Dazu ist es nicht gekommen. Schlussendlich hat sich das Volk durch strammen Gehorsam der bestehenden Ordnung gegenüber ausgezeichnet. Dass der mangelnde Erfolg, „revolutionäres Bewusstsein“ (Nevermann) in der Arbeiterschaft zu verankern, deswegen als „Missgriff“ abzutun sei, ist nicht einsichtig. Wenn das Opponieren gegen kapitalistische Verhältnisse keinen Anklang findet,

ist über Verbesserung der Kritik nachzudenken. Vom Nichterfolg auf einen Irrtum in der Analyse zu schließen, ist kein reelles Vorgehen, so will man - resigniert und abgeklärt - die bedrückenden „versteinerten Verhältnisse [nicht mehr] zum Tanzen zwingen“ (Marx) und landet mit Nevermann bei dem opportunistischen Befund: Mit den Wortführern „*Dutschke und Krahl*“, die die „*Weltrevolution*“ propagierten, „*wollten wir nichts zu tun haben.*“ Zudem, so heißt es zur Rechtfertigung, gleichen sich „*Kapitalismus und Sozialismus*“ (Daxner) zu sehr. Dabei fällt der zentrale Unterschied unter den Tisch, hier die Macht des Privateigentums, dort das Volkseigentum an Produktionsmitteln. Für „*antikapitalistische Systemkritik*“ (Bülow-S.) gibt es heute hauptsächlich Unverständnis und Häme. Selbst die systemkonformen Hinweise eines Juso-Vorsitzenden zu den Möglichkeiten von Gemeinwirtschaft lösen gleich einen riesigen Entrüstungssturm aus.

### **Thema: Gewalt**

Etliches wurde unter das „*Gewaltthema*“ (Nevermann) subsumiert, egal ob Proteste auf die Straße getragen wurden gegen den Völkermord im Vietnamkrieg der USA, gegen staatliche Polizeigewalt oder gegen die Hetze der Springer-Presse. Gewalttätig und somit zu verurteilen war laut diesen Einlassungen die linke Kritik: Flugblätter und Tomaten gegen Institutionen der Nation, gar „*Eier gegen das Amerikahaus*“, wo `wir` doch den Amerikanern die „*Freiheit Berlins zu verdanken*“ haben, beschmutzten nicht nur Häuserwände, sondern die Demokratie. Das „*Essentielle*“ (Nevermann) an den 68ern war die „*Gewalt*“ der RAF. Punktum!

Wie die Geschichte gezeigt hat, gilt es leider den studentischen Protest ähnlich zu bewältigen wie den Faschismus und den von Gorbatschow beendeten `Realen Sozialismus` des Ostblocks. Im freiheitlichen Deutschland ist also Unbefangenheit in der Analyse unerwünscht. Das Feindbild – die „totalitäre“ Bedrohung – steht damals wie heute fest. Nevermann beschwor dazu noch einmal die Beendigung des „*Prager Frühlings*“ durch sowjetisches Militär, als Reformers dem „*Sozialismus ein menschliches Antlitz*“ (Nevermann) geben wollten und dafür eine Öffnung zum Westen hin suchten. Dass diese Ereignisse etwas mit der Wiederbewaffnung der BRD und deren Einbindung in die Nato als Frontstaat gegen den „Ostblock“ zu tun hatte, interessiert heute nicht mehr.

### **„Zersetzung“ und die Folgen**

Daxners wortgewaltige Aufforderung in seinem Buch vom „*Hineingehen zwecks Zersetzung in die akademischen Gremien*“ verpuffte. Die „*radikale Verweigerung linker Gruppen*“, nicht von der Systemkritik zu lassen, soll ein Moment für „*die Reintegration der Masse von Studenten ins System*“ gewesen sein. Eine absurde Logik!

Die studentische Jugend, die einmal angetreten war, den `Mief` samt dem viel kritisierten `Establishment` zu vertreiben, hatte sich aufgrund ihres neuen Selbstbewusstseins nach ihrem „*außerparlamentarischen*“ (Nevermann) Intermezzo entschlossen, den langen

„Marsch durch die Institutionen“ anzutreten. Sie haben im Endeffekt erfolgreich eine neue Partei etabliert, die sich nach heftigen Richtungskämpfen mit realistischen Ergebnissen als politikfähig erwiesen hat. Von der ursprünglichen sozialen „Emanzipation“ ward nichts mehr gehört.

### **„Lebendige“ Demokratie gestärkt ...**

Für eine „*Demokratie von unten*“ stehen laut Nevermann die 68er – im Unterschied zu der davor praktizierten „*von oben*“. Das lässt aber zugleich anklingen, dass der wesentlichen Unterschied von Regierenden und Regierten weiterhin besteht. Gar eine „*Stärkung der Demokratie*“ (Daxner) soll herausgekommen sein, wofür der Ausbau von „*Kitas und Schulen*“ steht. Klar, wenn eine „*wahnsinnig*“ Radikalisierte (Sager) wegen ihrer damaligen Kritik an demokratischer Herrschaft dies nun als „*Geringschätzen von Demokratie*“ bedauert, hat das mit ihrem GAL-Karriereweg und der damit einhergehenden radikalen Kehrtwende zu tun. `Ihre` Bundespartei steht in Regierungsverantwortung mit der SPD u. a. für die Agenda 2010 und die Beteiligung am Jugoslawienkrieg. Dass die Gesellschaft nun für „*Resilienz gegen rechts*“ (Daxner) steht, widerlegen die Wahlergebnisse und die aktuellen Umfragen zur Europawahl im Mai.

So wendeten sich frau/man einer ganz anderen Frage zu: „*Wie wollen wir leben?*“ (Daxner), eine Frage, die die Herrschenden übrigens ihrem Volk nicht vorgelegt haben. Ein Intellektueller stellt und beantwortet sie mit neu entstandenen „*lebendigen Lebensformen*“. Diese Entwicklungen werden den 68ern und darüber hinaus der neu gebildeten „*Zivilgesellschaft*“ (Sager) zugeschrieben. Ein neu bestimmtes Verhältnis der Geschlechter, Reformen im Schulwesen, bei denen das Prinzip der Lernkonkurrenz unangetastet blieb, und die Lockerung von überkommenen gesellschaftlichen Umgangsformen sind nicht zu bestreiten. Kaum berücksichtigt wird, dass der notwendige Einbezug der Frauen in die kapitalistische Erwerbsarbeit solche Änderungen (Ganztagsschulen und flächendeckende Kitas) hervorbrachte.

Was Kanzler Brandt mit „*mehr Demokratie wagen*“ (Nevermann) meinte, war dann, was die 68er-Nostalgie nicht sehen will: sein Einsatz für die Notstandsgesetze und keine Kritik am Vietnamkrieg, dafür ein „*Radikalerlass*“ mit den Berufsverboten, auf die auch heute noch fallweise zurückgegriffen wird.

### **... mit neuen „Bewegungen“ und doch eine Revolution**

Die „*Bewegungen*“ von Frauen, Esoterik-Fans, von Anti-AKWler\_innen und Friedensbewegten stehen für „*Umbruch*“ (vgl. auch das von Nevermann herausgegebene Buch „*Die 68er*“, Hamburg 2018). Ja, Frauen haben Rollen aufgebrochen, sie gehen mehrheitlich zusätzlich zu ihrer Hausfrauenrolle arbeiten - obwohl es jetzt Männer gibt, die kochen, Elternzeit nehmen und den Nachwuchs nicht nur windeln. Das geht für viele Frauen allerdings mit der Doppelbelastung von Familie und Beruf einher, der Doppelerdienst ist dabei ökonomisch notwendig, ohne ihn käme die Familie nicht mehr über die Runden. Einige Frauen stehen inzwi-

schen DAX-Unternehmen vor und kümmern sich um den vollen Einsatz (auch) von weiblichen Kräften an den deutschen Hochleistungsarbeitsplätzen; an der Quote wird noch gearbeitet.

Die Esoterik macht der Religion Konkurrenz, die Glückssuche in inneren Welten avanciert zum allgemeinen Imperativ des Lebensgefühls und lässt angeblich zunehmenden Arbeitsstress und das Elend auf der Welt aushalten. Dass ein außer Kontrolle geratenes japanisches AKW nach Tschernobyl nicht nur die Anti-AKW-Grünen, sondern auch die Kanzlerin nachdenklich gemacht hat, was zum Atomausstieg in einigen Jahren führen soll, ist nicht uneigennützig. Für die deutsche Technologie der erneuerbaren Energien stehen nämlich Riesengeschäfte in Aussicht - so die Erwartung der deutschen Politik.

Die Zunahme von Kriegen hat zur Abnahme der Friedensbewegung geführt. Ein revolutionärer „Umbruch“ ist ausgeblieben. Dafür hat es die „sexueller Befreiung“ (Bülow-S.) gegeben, mit häufigem Partner\_innenwechsel, was immerhin den Selbstwert beim Marsch „von einem Bett ins andere“ (Daxner) in schwindelnde Höhen getrieben hat. Das brachte zwar keine Befreiung von den Zwängen der bestehenden Gesellschaft, aber zumindest ein paar vergnügliche Stunden. Dem lockeren Umgang in Sachen Sexualität hat dann ein Virus den Garaus gemacht.

Die Hamburger `68er-Retrospektive` stellte eine „Bewusstseinsrevolution“ (Nevermann) fest. Die habe damals zur geschätzten sozial-liberalen Koalition und damit zur „Mitbestimmung“ geführt, die allerdings „Lohnarbeit“ (Bülow-S.), somit das „Primat der Ökonomie“ in allen Lebensbereichen und negativen Folgen, nicht verhinderte.

Der „Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen“ (Sager) wollte, so erfährt man, gar nicht so sehr dem schmalen Geldbeutel der Jugendlichen abhelfen. Im Rückblick bestand er vielmehr in der „aktiven“ Einmischung von Menschen, die das freie Handeln der Politik jedoch nicht beschneiden konnte, was ein Blick nicht nur auf die heutigen Fahrpreise zeigt. Auch zu besichtigen an den Erfolgen der Agenda 2010, die millionenfache Niedriglöhner\_innen bis `working poor` hervorgebracht hat, für massenhafte Armut in verschiedenen Lebensphasen steht, oder am „Kampf gegen Terror“, der mit der Beschneidung von Bürgerrechten vorangekommen ist.

## **Und was ist daraus geworden?**

Von „Brüchen“ und „tiefgreifenden Veränderungen“ (Nevermann) wird gesprochen. Doch so ganz selbstverständlich sollte man diesem Resümee nicht zustimmen: „Machtstrukturen“ (Hildebrandt), die für den Ausschluss der „Teilhabe am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum“ stehen – also Verhältnisse die auch die „extreme Rechte“ mit verteidigt –, bestehen weiterhin. „Soziale Errungenschaften“ wurden für „Profite“ gestrichen. Das „Säbelrasseln in der Welt“ hat zugenommen, obwohl der „Atomwaffenverbotsvertrag“ der UN bislang von 69 Staaten unterzeichnet wurde. Wobei anzumerken ist, dass die de facto-Atomkräfte und

fast alle Nato-Staaten nicht teilnahmen. Die Rechtsextremen bevölkern die Parlamente und tun, als wären sie die „*neue Befreiungsbewegung*“ (Sager). Eher beschwörend klang der Hinweis, der Mensch sei keine „*Konkurrenzbestie*“ (Hildebrandt), augenfällig jedoch ein Konkurrenzsubjekt, in den harten Daseinskampf hineingeworfen, um sich darin zu bewähren. Also sind die „*Erkenntnisse der 68er*“ erst noch durchzusetzen, dazu ist die „*Schuldenbremse*“ wie von Alternativökonomien gefordert, „*ab[zu]schaffen*“ (Hildebrandt in ihrem Manifest). Ob so dem „*Sozialismus*“ der Weg bereitet wird? Es ist eher ein gutgläubiger Idealismus. Die einmal bekämpften Prinzipien von Wirtschaft und Politik sind ja weiterhin in Kraft.

Auch nicht zu bestreiten sind die längst fälligen `Renovierungsarbeiten`, was Sitte und Anstand betrifft, so wurde der Kuppelei-§ anno 1973, der § 175 erst 1994 aufgehoben. Auch die Reform des § 218 fällt in diesen Zeitraum, der Forderung der Frauen „*Mein Bauch gehört mir*“ gab der Staat nach Protesten nur begrenzt nach, er behält sich die hoheitliche Entscheidung über (ungeborenes) Leben und Tod (im Krieg) weiter vor. Dass der Abbruch weiterhin rechtswidrig ist, die straffreie Fristenregelung nur nach Konfliktberatung gilt, zeigt auch der gerade reformierte § 219a, der für weitere Beschränkungen, bei Nichtbefolgung bis zur Kriminalisierung von Ärzt\_innen, steht.

Das Parteienspektrum hat sich also um willkommene Grüne, weniger willkommene Linke und neu - um die verachtete AfD - erweitert. Grüne und Linke haben auf Ministersesseln Platz genommen und versuchen, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Das Primat des Wachstums, also des Geldreichtums, ist dabei für sie unverzichtbar. Neujustierung an der Schraube des „*Sozialen*“ ist gefordert, was auch den Rechten, so heißt es, das Wasser abgraben soll. Doch die kapitalistische Produktionsweise, die die extremen Folgen des Klimas verursacht und damit die Lebensgrundlagen weiter Landstriche gefährdet, darf keinen Schaden nehmen. Ob Ermahnungen an Gewerkschafter\_innen, aufzupassen, „*dass ihr eure Kinder nicht ersticken seht, nur um einen Braunkohle-Arbeitsplatz zu retten*“ (Daxner), dem Einhalt gebieten, ist fraglich, denn die Beschlüsse der Herrschenden stehen fest. Merksels zwiespältiges Lob dafür, „*dass Schüler auf die Straße gehen*“ ([pnn.de](http://pnn.de), 3.19) und für „*den Klimaschutz*“ kämpfen, stellt gleich klar, dass „*Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft ... mit den Zielen des Klimaschutzes [zu] versöhnen*“ sind. Sie macht den jungen Menschen deutlich, dass die führende Stellung des Wirtschaftsstandorts Deutschland vom Klimaschutz nicht aufgeweicht werden darf. Das hat die aufbegehrende Jugend zu lernen: Protest ja, aber im Rahmen des Erlaubten; dauerhafter Protest in der Schulzeit wird letztlich als Verletzung der „*Schulpflicht*“ sanktioniert.

**Fazit:** Vom jugendlichen Mitmachen in sozialistischen Bewegungen ist heute zumindest eins geblieben – das regelmäßige Kokettieren damit auf Jubiläumsveranstaltungen zum 68er-Jahr. Die wundersame Wandlung vom radikalen Gegner kapitalistischer Verhältnisse zum politischen Gestalter ist vollzogen. Angesichts einer neu entstandenen politischen Ju-

gendbewegung bleibt zu hoffen, dass sich der neue Protest gegen die „Klimakatastrophe“ nicht vor den Karren derer spannen lässt, die sie verursacht haben!



### **Über die Autoren**

Frank Bernhardt (\*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, dann Abschluss des Studiums zum VR-Lehrer, anschließend Junglehrer an einer Hamburger Förderschule, danach 1 Jahr nach der 2. Lehramtsprüfung Abschluss des Sonderpädagogischen Aufbaustudiums, mehrjährige Tätigkeit im Personalrat VR So und Schul-PR an einer Förderschule, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

**Kontakt:**

Bernhardt@alstersite.de

Rudolf Gospodarek (\*1941) Ausbildung zum Techniker in Polen, Umzug nach HH, dann Abschluss des Studiums zum Sozi-Päd., Arbeit als Sozi-Päd., danach Abschluss des grundständigen Studiums zum Sonderpädagogen, dann Tätigkeiten an Förderschulen in HH, 2007 Versetzung in den Ruhestand, Mitglied in der GEW seit über 30 Jahren, mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

**Kontakt:**

RudolfGospodarek@web.de

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)